Ausgabe: 09/2013

6 % Zinsen auf Steuerschulden - Fiskalverzinsung erneut vor Gericht FG Düsseldorf, 01.06.2013

Vor dem FG Düsseldorf ist eine Klage unter dem Az.: 12 K 2497/12 AO anhängig, in der es um die Höhe der Vollverzinsung nach § 233a AO geht. Da seit einiger Zeit eine Verzinsung von einem halben Prozent im Monat am Markt grundsätzlich nicht mehr zu erreichen ist, wurde erneut geklagt. Zuletzt hatte der BFH im Urteil vom 20. April 2011 (Az.: I R 80/10) den Zinssatz bestätigt. Auch das Bundesverfassungsgericht hatte schon einmal den Zinssatz als verfassungskonform angesehen. Die erneute Klage hinsichtlich des hohen Zinssatzes beruht darauf, dass sich seit dem letzten BFH-Urteil die Zinskonditionen weitestgehend verschlechtert haben. Das BFH-Urteil von 2011 bezog sich noch auf eine Festsetzung von Zinsen im Zeitraum 1998-2005.

Inwieweit sich das FG (bzw. der BFH in einer möglichen Revision) dieser Argumentation anschließt, bleibt abzuwarten. Es sollten daher Rechtsmittel eingelegt werden. Ein Ruhen des Verfahrens wird im vorliegenden Fall nicht automatisch gewährt (da nur ein Verfahren vor FG), sondern es ist aus Zweckmäßigkeitsgründen nach § 363 Abs. 2 S. 1 AO selbst zu erstreiten.

Auch kann gegen die Zinsfestsetzung in Abgabenbescheiden von Kommunen Rechtsmittel eingelegt werden. Hierzu ist jedoch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht erforderlich, die auch gebührenpflichtig ist. Auch ist das Gericht nicht verpflichtet, ein Verfahren vor dem Hintergrund eines anhängigen FG - Verfahrens ruhend zu stellen. Es wird in der Regel selbst entscheiden. Anträge auf Erlass werden von den Kommunen in der Regel mit Bezug auf den Gesetzestext abgelehnt. Aber auch hiergegen könnte Klage erhoben werden.

Ansprechpartner: StB Maik Gohlke

Erfahrungen mit dem neuen Feststellungsbescheid zur Gemeinnützigkeit - Abgeltungssteuer BMF, 05.07.2013

Seit dem 28.03.2013 ist das Ehrenamtsstärkungsgesetz veröffentlicht und damit in Kraft. Seither stellen die Finanzämter von Amts wegen oder auf Antrag durch einen Bescheid fest, ob die Satzungen gemeinnütziger Körperschaften den gesetzlichen Anforderungen entsprechen (§ 60a AO). Die bisher übliche vorläufige Bescheinigung wird nicht mehr erteilt.

Eine amtlich beglaubigte Kopie dieser Feststellungsbescheide kann auch zur Abstandnahme vom Abzug der Abgeltungssteuer anstelle der NV-Bescheinigungen vorgelegt werden. Wird ein Feststellungsbescheid nach § 60a AO unterjährig erteilt, kann er aber erst mit Wirkung ab dem 1. Januar des betreffenden Kalenderjahres angewendet werden.

Ansprechpartner: RA/StB Christof Wörle-Himmel

Achtung bei geplanter Ausgliederung: keine Gemeinnützigkeit für ein ausgegliedertes Labor! BFH, 06.02.2013

Der BFH entschied: Eine von gemeinnützigen Krankenhausträgern gegründete GmbH, die die Laborleistungen für ihre Gesellschafter erbringt, verfolgt selbst nicht unmittelbar gemeinnützige oder mildtätige Zwecke. Eine Ertragsteuerbefreiung bzw. das Ausstellen einer Freistellungsbescheinigung für die Labor-GmbH scheidet damit aus.

Klägerin war eine GmbH, die als Tochtergesellschaft von drei gemeinnützigen Gesellschaftern gegründet wurde und Laborleistungen gegenüber ihren Gesellschaftern – alles Krankenhausträger – erbrachte. Gegenstand des Unternehmens der Labor-GmbH war laut Satzung die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Das FG hatte der GmbH bereits die Steuerbefreiung versagt. Der BFH bestätigte dies, setzte steuersystematisch jedoch „noch eins drauf“: Es fehle bereits an einer unmittelbaren Verfolgung der gemeinnützigen Zwecke. Laut BFH sind Laborleistungen „Vorbereitungsleistungen, die die Krankenhäuser dabei unterstützen sollen, ihre Patienten medizinisch zu betreuen, sie sind aber selbst keine unmittelbaren Behandlungsleistungen am Patienten“.

Das Argument der Klägerin, eine Unmittelbarkeit sei durch das untersuchte Patientenblut herzustellen, lehnte der BFH ab: Die „zur Verfügung gestellten Proben sind reine Untersuchungsobjekte; sie haben ihre körperliche Verbindung zum Patienten verloren und an ihnen werden von der Klägerin keine Heil- oder Behandlungsmaßnahmen vorgenommen“.

Ansprechpartnerin: StBin Anka Neudert

Lohnsteuerhaftung bei Einnahmen von Ärzten in Kliniken und Krankenhäusern OFD Frankfurt am Main, 02.05.2013

Die OFD äußert sich zu wahlärztlichen Leistungen und Gutachtertätigkeiten.

Sie weist zu den wahlärztlichen Leistungen darauf hin, dass ein angestellter Chefarzt mit den Einnahmen aus dem ihm eingeräumten Liquidationsrecht für die gesondert berechenbaren wahlärztlichen Leistungen nach dem BFH-Urteil vom 05.10.2005 in der Regel Arbeitslohn bezieht, wenn die wahlärztlichen Leistungen innerhalb des Dienstverhältnisses erbracht werden. Erfolgt der Abschluss des Behandlungsvertrages und die Liquidation durch das Krankenhaus, handele es sich um Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit, werden sie dagegen durch den Chefarzt selbst vorgenommen, ist von einer selbständigen Tätigkeit auszugehen.

Die OFD weist auf die Lohnsteuerhaftung und das Risiko der Abrechnung solcher Leistungen durch Dritte hin: Werde zugelassen, dass erhebliche Teile des Arbeitslohns von dritter Seite bezahlt werden und greife hierdurch die Lohnsteuereinbehaltungssystematik in einzelnen Anmeldezeiträumen nicht mehr, so müssen die Entrichtungsschulden in späteren Anmeldezeiträumen einbehalten werden. Die Pflicht des Arbeitgebers zur Einbehaltung und Abführung der Lohnsteuer etc. entfalle nicht deshalb, weil große Teile des Arbeitslohns von dritter Seite bezahlt werden.

Auch bei Gutachtertätigkeiten im Auftrag des Klinikums sei bei Chefarzten regelmäßig von Arbeitslohn auszugehen. Die Behandlung bei Assistenzärzten stellt sich dagegen schwieriger dar. Häufig sind solche Gutachtertätigkeiten bereits im Arbeitsvertrag als Verpflichtung implementiert (auf solche Regelungen ist insb. in Universitätskliniken zu achten). In diesem Fall liegt ebenfalls Arbeitslohn vor. Häufig kann auch darauf abgestellt werden inwiefern eine Weisungsabhängigkeit der Assistenzärzte besteht.

Ansprechpartner: StB Jürgen Ditter

Betreutes Wohnen: Umsatzsteuerbefreiung für Wohlfahrtsverbände auf dem Prüfstand BFH, 19.03.2013

Die Klägerin betrieb ein als gemeinnützige Körperschaft anerkanntes Altenwohnheim. Sie überließ dem jeweiligen Bewohner auf der Grundlage eines Heimvertrages eine abgeschlossene unmöblierte Wohnung mit eingebauten Küchenelementen, die über eine eigene Klingel, ein Namensschild, eigenen Telefonanschluss, Briefkasten und Kelleranteil verfügte. Zu den ferner von der Klägerin erbrachten sog. Grundleistungen gehörte die Überlassung eines Telefons, eine Notruf- und Pflegebereitschaft rund um die Uhr, die regelmäßige Grundreinigung der Wohnung, die Vorhaltung der Gemeinschaftsräume und -anlagen (Bibliothek, Gymnastikraum, Kapelle, Seelsorge, Hallenbad), ein tägliches Mittagessen im Speisesaal einschließlich Bedienung sowie die Betreuung und Pflege im Krankheits- und Pflegefall bis zu einer Gesamtdauer von 14 Tagen im Jahr. Für darüber hinaus in Anspruch genommene Pflegeleistungen war ein gesondertes Entgelt zu entrichten. Die Klägerin rechnete gegenüber der Pflegekasse ab, soweit von dieser Leistungen gewährt wurden, und im Übrigen direkt mit den Bewohnern.

FA und FG behandelten die Pflegeerlöse einschließlich Verpflegung und diverser Nebenumsätze für das Jahr 2001 als steuerpflichtig mit dem ermäßigten Steuersatz. Sie waren der Ansicht, dass die vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen nicht geeignet seien, die Voraussetzungen des damals geltenden Umsatzsteuergesetzes (§ 4 Nr. 16 lit. d UStG a.F.) nachzuweisen. Der BFH entschied aber, dass eine (einfache) Pflegebedürftigkeit ausreiche und gab den Streitfall an das FG zur weiteren Prüfung zurück. Zwar betrifft die Entscheidung des BFH die alte Gesetzesfassung, während aktuell z.B. Altenwohnheime von der Befreiung nicht mehr erfasst sind und anders als früher auch ausdrücklich auf die Vergütung der Leistungen durch die Sozialleistungsträger abgestellt wird (§ 4 Nr. 16 lit. k UStG). Allerdings war in dem Urteilsfall unstreitig, dass die Umsätze der Klägerin in den Folgejahren aufgrund des Beitritts zu einem Wohlfahrtsverband nach § 4 Nr. 18 UStG steuerfrei waren, obwohl sich an den erbrachten Leistungen der Art nach nichts geändert hatte. In diesem Zusammenhang weist der BFH (erneut) deutlich darauf hin, dass Unternehmer, die nicht auf die Befreiung für Wohlfahrtsverbände zurückgreifen können, sich möglicherweise unmittelbar auf EU-Recht berufen können. Der BFH gibt dem FG hierzu einen ausführlichen Prüfkatalog mit auf den Weg, der zu prüfen sei, wenn die Befreiung für Pflegeleistungen nicht greift. Anzumerken bleibt, dass in 2012 kurzfristig eine vollständige Änderung des § 4 Nr. 18 UStG geplant war, die dann aber fallen gelassen wurde.

Ansprechpartner: RA/StB Christof Wörle-Himmel

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:
Christof Wörle-Himmel
Rödl & Partner GbR
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater
Rechtsanwälte

Äußere Sulzbacher Straße 100
90491 Nürnberg

Konzept und Gestaltung:

Peggy Kretschmer

Texte:

Rödl & Partner GbR

Bezug:

Rödl & Partner

Frau Peggy Kretschmer

Tel. 0911 - 91 93 3502

peggy.kretschmer@roedl.de

Datenschutz:

Wir versichern Ihnen, diese Daten nicht an Dritte weiterzugeben, sie dienen lediglich zum Versenden der E-Mail-Newsletter.